

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 21. April 2007

117. Jahrgang Nr. 31.611

Man redet wieder

Treffen in Madrid bringt keine Annäherung im Papierfabrik-Streit

Buenos Aires (AT/cal) – „Der Bau der Papierfabrik ist illegal“, stellte Außenminister Jorge Taiana klar. Das Treffen zwischen Vertretern Argentiniens und Uruguays in der spanischen Hauptstadt Madrid machte trotz harten Tönen und wiederholenden Forderungen einen freundlichen und lösungsorientierten Anschein. Und am Freitag wurde denn auch bekannt gegeben, was die über drei Tage geführten Gespräche in Zukunft bringen werden. Vorab: Konkrete Lösungen zum Papierfabrik-Streit gibts nach wie vor keine. Aber dafür die Bereitschaft, sich im kommenden Monat wieder zu treffen und weiter zu diskutieren. Die vier Hauptthemen werden wiederum die Verlegung der Papierfabrik Botnia, die Straßen- und Brückensperren, das Abkommen „Rio Uruguay“ und die umweltschützende Maßnahmen.

Der spanische König Juan Carlos hatte unter anderem die Außenminister von Uruguay und Argentinien zu sich eingeladen - mit dem



Königlicher Vermittler - Juan Carlos mit den Botschaftern Jorge Taiana und Reinaldo Garano (rechts).

Ziel, beim Papierfabrik-Streit schlichtend und vermittelnd beizutragen. Seit 13 Monaten waren die beiden südamerikanischen Länder nicht mehr gemeinsam an einen Tisch gesessen. Gespräche führten sie meist nur noch über die Presse oder am Internationalen Gerichtshof von Den Haag. Streitpunkt: Am Ufer des Grenzflusses Uruguay in Fray Bentos baut die fin-

nische Firma Botnia eine Papierfabrik, die zu 95 Prozent bereits fertig gestellt ist. Bewohner der argentinischen Stadt Gualeguaychú gegenüber und Umweltschützer sperrten seit Monaten aus Protest Straßen und Brücken. Die Regierung Argentiniens kritisiert den Bau unter anderem, weil sie von Montevideo nicht angefragt wurde, ob sie mit dem Standort der

Fabrik einverstanden ist. Und somit habe das Nachbarland das „Rio Uruguay“-Abkommen verletzt.

Wie voraus gesehen haben nun die Parteien am Freitag eine Vereinbarung unterschrieben. Darin verpflichteten sie sich den Dialog im Mai fortzusetzen. Argentinien beharrt allerdings weiterhin auf die Verlegung der Papierfabrik weg von Fray Bentos. Und Uruguay insistiert, dass die Straßen- und Brückensperren auf argentinischer Seite aufgehoben werden müssen. Der spanische Vermittler und Botschafter Antonio Yáñez Barnuevo will die Forderungen der beiden Länder ernst nehmen. Dennoch gab er zu verstehen, dass der eine oder andere von seinen starren Standpunkten ein wenig abrücken müsste. Er schlug vor, dass künftig beide Nationen gemeinsam und regelmäßig kontrollieren würden, ob die Papierfabrik, die voraussichtlich im September in Betrieb geht, die Umweltschutz-Richtlinien einhalte.

Union statt Gemeinschaft

Buenos Aires (AT/RTA) - Der erste südamerikanische Energiegipfel auf der Insel Margarita in Venezuela schloss Mitte der Woche mit einem denkbar mageren Ergebnis ab. Nach zweitägigen Verhandlungen von zehn Präsidenten und zwei Stellvertretern (die Präsidenten von Peru und Uruguay erschienen nicht) wurde als einzige im Konsens, lies Einstimmigkeit, verabschiedete Resolution die seit drei Jahren auf dem Papier bestehende Südamerikanische Gemeinschaft der Nationen in eine Union Südamerikanischer Nationen (Spanisches Kürzel Unisur) umgetauft, deren Sekretariat in Quito, Ecuador angesiedelt werden soll. Das Sekretariat der Gemeinschaft befindet sich in Montevideo. Die Union besteht wie ihre Vorgängerin nur auf dem Papier.

Über die eigentlichen Energiefragen der Gipfelkonferenz kam keine Einigkeit zustande. Eine Organisation der Exportländer von Erdöl und Gas in Südamerika (spanisches Kürzel Oppegasur), die Argentinien, Bolivien und Venezuela vor zwei Monaten vereinbart hatten, kam nicht von der Stelle. Brasilien wehrte sich als hauptsächlich Importland bolivianischen Gases gegen dieses Kartell, das die Preise künstlich hoch hält. Auch die Bank des Südens, die von Argentinien und Venezuela empfohlen wird, stieß auf Ablehnung in Brasilien, weil unklar ist, ob sie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank oder gar die brasilianische Entwicklungsbank ersetzen soll. Die mit angeblich 7 Milliarden Dollar Kapital auszustattende Regionalbank soll die Infrastruktur in Südamerika finanzieren, welche Aufgabe die Weltbank und die BID erledigen.

Biokraftstoffe wie Äthanol und Biodiesel, die der Präsident Venezuelas Hugo Chávez und sein politischer Freund Fidel Castro von Kuba heftig bekämpfen, wurden in der Schlusserklärung keinesfalls ablehnend erwähnt. Eine Erklärung zur Solidarität mit den argentinischen Hoheitsansprüchen über die Malwinen genügte den argentinischen Interessen.

Randglossen

Ein neues künstliches Gebilde wurde auf der ersten Gipfelkonferenz für Energiefragen auf der Insel Margarita in Venezuela von zehn Präsidenten und zwei Stellvertretern der zwölf südamerikanischen Nationen aus der Taufe gehoben. Bisher galt eine sogenannte Gemeinschaft südamerikanischer Nationen, die in drei Jahren überhaupt nichts erreicht hat. Die Gemeinschaft wird nun von einer Union abgelöst, als ob wie weiland in Europa die Europäische Union echte Nachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft wurde, mit einer Resolution der Gipfelkonferenz etwas Konkretes geschähe. Die Gipfelkonferenz sollte sich Energiefragen widmen, was sie mangels Einigkeit füglich unterließ. Ob Gemeinschaft oder Union, Tatsache bleibt, dass sich südamerikanische Spitzenpolitiker gerne um ausschweifende politische Kunstwerke kümmern. Sie sind nicht einmal die Tinte wert, die sie auf dem Papier einer Resolution verbrauchen.

Auch die sogenannte Bank des Südens, über die auf der Gipfelkonferenz über Energiefragen ebenfalls beraten wurde, erschöpft sich vorerst in hochgradigen Phrasen. Die süd-amerikanischen Regierungen sollen hierfür sieben Milliarden Dollar, notfalls aus ihren Devisenreserven, die anderen Zwecken dienen, locker machen, um genau das Gleiche zu tun wie die Weltbank und die BID, die Infrastrukturprojekte in Südamerika finanzieren, sofern die Kundenregierung die Gelder nicht für laufende Ausgaben zweckentfremden. Außerdem gibt es in Südamerika bereits eine finanzielle Aneinanderkorporation und eine andere am Rio de la Plata, genannt Fonplata, die längst für Infrastruktur eingesetzt werden. Nur damit Washington nicht mitmisch, soll diese finanzielle Konstruktion höhere Staatsausgaben für alle Beteiligten sowie die übliche Postenreiterei für gut bezahlte Ämter bewirken, die den Steuerzahlern aufgebürdet werden.

Schmiergeldskandal Skanska

Offene Frage nach dem Empfänger der Bestechungsgelder

Buenos Aires (AT/RTA) - Seit 2006 schwelt ein Skandal in der Öffentlichkeit, der die schwedische Lieferfirma Skanska direkt betrifft. Skanska war Lieferant für die Erdgasleitung im Nordwesten, die die Gastransportfirma Transportadora Gas del Norte (TGN) im Auftrag der Nationalregierung ausführte. Die Firma Infiniti, die keine Angestellten beschäftigt und sich auf die Ausstellung falscher Rechnungen beschränkt, ohne eigene Dienste zu leisten, hatte solche Rechnungen für Skanska ausgestellt. Der Gegenbetrag soll für die Bezahlung von Schmiergeldern zweckverwendet worden sein.

Anfangs handelte es sich um eine der landesüblichen Steuerhinterziehungen, die von der Steuer-

behörde AFIP aufgedeckt wurde. Der Strafrichter für Steuerdelikte Javier López Biscayat wurde von der Steuerbehörde bemüht, der den Vorsitzenden der Firma Infiniti Adán Félix López verhörte und verhaftete.

Eine Buchprüfung bestätigte die Schmiergeldaffäre, als dessen Folge Bundesrichter Guillermo Tristán Montenegro eingeschaltet wurde. Die Höchststrafe für Bestechung ist mit zehn Jahren Haft geringer als für Steuerhinterziehung. Die Berufungskammer für Steuerdelikte muss den Kompetenzstreit entscheiden.

Die Steuerhinterziehung darf derzeit als aktenkundig bewiesen angesehen werden, wogegen die Schmiergeldaffäre noch im Dunkeln liegt. Buchprüfer und inter-

ne Memoranda der Firma Skanska sowie die Aussage von Adán Félix López bestätigen das Bestechungsvorwürfe, über die Höhe des Betrags werden Zahlen von 1,2 bis 13 Millionen Pesos genannt. Offen ist jedoch der Name des Nutznießers des Schmiergeldes. In politischen Kreisen wird jemand im Planungsministerium gehandelt, das Minister Julio de Vido untersteht und das den Auftrag für den Bau der Gasleitung erteilt hatte.

Unterdessen fürchtet López um sein Leben, nachdem er angeblich bedroht worden ist. Richter López Biscayat verfügte daraufhin die Verlegung von López in eine Stadtgefängnis, weil López angeblich im Nationalgefängnis in Marcos Paz unsicher war. Innenmini-

ster Aníbal Fernández, dem die Nationalgefängnisse unterstehen, protestierte gegen die Verlegung, weil der Richter mit dieser Verfügung angeblich illegal vorgegangen sei. Der Richter hatte die Inhaftierung von López im Nationalgefängnis als verfassungswidrig erklärt.

Oppositionspolitiker wie Carrió und López Murphy vermuten, dass der Vorstoß der Regierung gegen vier Richter des vierten Saales des Kassationshofes unterschiedlich deren Absetzung durch den Richterrat bezweckt, damit sie nicht über die Schmiergeldaffäre Skanska befinden. Da es sich um politische Absichten handelt, fehlen Beweise. Unterdessen schwelt der Skandal weiter und verheißt künftige Schlagzeilen.

Macri, Telerman oder Filmus

23 Kandidatenlisten in der Stadt Buenos Aires

Buenos Aires (AT/RTA) - Für die Stadtwahlen vom 3. Juni haben sich am vergangenen Samstag, als die Frist für die Einschreibung der Kandidaten abließ, 23 Parteien gemeldet. Vor vier Jahren waren es mit 38 Parteien fühlbar mehr. Indessen haben nur drei Kandidaten eine Chance, diese erste Wahlrunde zu überleben, von denen die beiden meistgewählten am 24. Juni die Zweitwahl absolvieren werden.

Die führenden Kandidaten für das Wahlamt des Regierungschefs und dessen Stellvertreter sind Mauricio Macri mit Gabriela Michetti für die Allianz PRO, der gegenwärtige Regierungschef Jorge Telerman mit Enrique Olivera, vormals ebenfalls Regierungschef für die radikale UCR, für zwei Allianzen "Más Buenos Aires" und "Coalición Cívica", und Daniel Filmus mit dem Genossenschaftsbankier Carlos Heller für die Front "Sieg und Dialog" ("Victoria y Diálogo"). Präsident Kirchner setzt sich für seinen Bildungsminister Filmus ein.

Jüngste Umfragen über die Wählerabsichten erteilen Macri mit 28,3 Prozent (Zuleta Puceiro auf eigene Rechnung) und 31,8 Prozent (Aurelio, im Auftrag von Macri) den ersten Rang, gefolgt von Telerman mit 23,1 bzw. 20,8 Prozent und Filmus mit 21,7 bzw. 14,8 Prozent. Laut "Opinión autenticada" im Auftrag von Telerman führt dieser mit 32,8 Prozent, gefolgt von Macri mit 27,0 und Filmus mit 16,4 %. CEOP im Auftrag von Filmus anerkennt 33,3 Prozent für Macri, gefolgt von 22,0 Prozent für Filmus und 21,7 Prozent von Telerman.

Außer Regierungschef und Vize werden auch Parlamentarier gewählt. PRO stellt Mariano Naradowski, Cristian Ritondo, María Eugenia Vidal, Enzo Pagani, Oscar Moscariello, María Rodríguez Araya, Gerardo Ingaramo, Martín Ocampo, Victoria Morales und Avelino Tamargo. "Más Buenos Aires" präsentiert Gabriela Cerutti, Julián D'Angelo, Raúl Fernández, Florencia Polimeni und Helvio Rebot, wogegen die Allianz "Coalición Cívica" Diana Maffia, Sergio Abrevaya, Ethel Morando, Maximiliano Ferraro und Fernanda Reyes vorstellt. Für Filmus setzen sich ebenfalls zwei Parteien ein: "Frente para la Victoria", kirchenerhörig, mit Gesundheitsminister Ginés González García, Diego Kravetz, Silvia Pedreira, Juan Cabandié (Sohn von verschollenen Eltern), und Ana María Suppa, wogegen für "Diálogo por Buenos Aires" Aníbal Ibarra, abgesetzter Regierungschef, Raúl Puy, Gabriela Alegre, Eduardo Epsztajn und Gonzalo Ruanova antreten.

Für andere Parteien kandidieren Claudio Lozano mit María América González ("Buenos Aires para Todos"), Patricia Walsh mit Héctor Biudonde (MST), Lia Méndez mit Néstor Avella (Humanistische Partei), Marcelo Ramal mit Vanina Biasi ("Partido Obrero"), José Castillo mit Jorge Guidobono Rey ("Frente de Izquierda"), Juan Mussa mit Daniel Llanos ("Acción Ciudadana"), Rubén Sabillard mit Héctor Bullrich ("Rentnerpartei"), Jorge Selser mit Adrián Campos ("Socialista Auténtico") sowie sonstige Kandidaten mehrerer Parteistempel.

WOCHENÜBERSICHT

Donnerwetter

Am vergangenen Mittwoch gegen 18,30 Uhr entlud sich nach einem besonders schwülen und ungewöhnlich heißen Tag bei 32 Grad gefühlter Temperatur ein gewaltiges Unwetter über Buenos Aires. In weniger als zwei Stunden regnete es nahezu 50 Millimeter hoch. Alle Straßen wurden überschwemmt, Niederungen blieben unter Wasser, es gab die üblichen Stromausfälle und Fernsehstörungen, die Untergrundbahnen stellten ihren Dienst ein, Taxis verschwanden aus Furcht vor

Hagel, der vom Wetterdienst als möglich angekündigt worden war, so dass Heimkehrer aus ihrer Arbeit teilweise klatschnass wurden und lange warten mussten, bis sie zu Hause ankamen. Es gab weder Tote noch Verletzte. Zum Glück für Buenos Aires war der Wasserpegel des Rio de la Plata niedrig, so dass die Wassermassen aus der Stadt anstandslos abfließen konnten.

Aus für Maza

Der zwei Mal wiedergewählte Gouverneur von La Rioja, Angel

Maza, war unlängst von der Legislative, deren Mehrheit sein Widersacher, Vizegouverneur Luis Beder Herrera, beherrschte, suspendiert worden. Die gleiche Legislative setzte Maza dieser Tage endgültig ab und verbot ihm, während fünf Jahren ein öffentliches Amt in der Provinz zu bekleiden. Beder Herrera folgte auf Maza in der Exekutive der Provinz und bereitet sich vor, seine eigene Nachfolge anzutreten.

UCR siegt in Córdoba

Die traditionelle radikale UCR-

Partei in der Provinz Córdoba siegte vergangenen Sonntag überraschenderweise bei den Bürgermeisterwahlen in den meisten der 44 Gemeinden und Kommunen. Villa Carlos Paz, Rio Tercero, Villa General Belgrano, Deán Funes und Villa Allende sind einige der bedeutendsten Städte der Provinz, wo sich die radikalen Kandidaten durchsetzten. Die Justizialisten behielten ihren Vorsprung in La Falda und siegten in Miramar gegen den UCR-Kandidaten. Das günstige Wahlergebnis stärkt den Kandidaten der Partei für die Gou-

verneurswahlen Mario Negri. Vor vier Jahren landete die UCR in ihrer einstigen Hochburg Córdoba abgeschlagen an dritter Stelle.

Rottweiler tötet Baby

Ein braunschwarzer Rottweiler, genannt „Hulk“, zerfleischte in der Vorwoche ein drei Monate altes Baby in der Wohnung der Großmutter Norma Busolino unweit der Provinzhauptstadt La Plata. Das Baby Emilia schlief auf dem Ehebett, als die Großmutter zur Eingangstür schritt, wo geklingelt worden war. Als sie zurückkehrte, stellte sie mit Schrecken fest, dass der Hund das Baby vom Bett heruntergerissen und zerfleischt hatte. Der fast 70 Kilo-

gramm schwere Hund hatte bisher keine aggressiven Tendenzen gezeigt und wird in einem tiermedizinischen Institut untersucht. Emilia war das einzige Kind des Ehepaars Luciano Danieri und Natalia Antonelli.

Videla wird nicht ausgeliefert

Die Kassationskammer für Strafsachen lehnte das Gesuch des Nürnberger Staatsanwaltes ab, den damaligen Militärpräsidenten Jorge Rafael Videla an Deutschland auszuliefern. Bundesrichter Rafael Torres hatte das Gesuch in erster Instanz ebenfalls abgelehnt. Die Bundeskammer sprach dem

Gesuch zu, ein öffentliches Verfahren für die Auslieferungen abzuhalten, aber die Kassationskammer für Strafsachen urteilte in dritter Instanz wie der Richter und lehnte das Gesuch ab. Es ging um den Fall der Deutschen Elisabeth Käsemann, die im Mai 1977 umgebracht wurde. Die Richter der Kassationskammer urteilten, dass der Fall vor nationalen Gerichten abgeurteilt werde, so dass eine Auslieferung ausfällt. Der Hauptangeklagte war der damalige Befehlshaber Gui-Ilermo Suárez Mason, der inzwischen gestorben ist.

Tag des Holocaust

Der jüdische Dachverband DAIA gedachte am Mittwoch im Auditorium Belgrano des Holocausts. Vor 1600 Personen erinnerte Präsident Néstor Kirchner an den Völkermord. Zuvor war der Staatschef von einer Gruppe ausgepöflet worden. Kirchner erwähnte die Anschläge auf die israelische Botschaft 1992 und die AMIA 1994, die bisher noch nicht aufgeklärt wurden. „Der Bruderstaat Israel existiert, den Holocaust hat es gegeben, die Attentate in Argentinien auch“, rief Kirchner und grenzte sich damit gegenüber dem iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad ab, den Freund seines Freundes Hugo Chávez.

Für eine eigene Stadtpolizei

Für den 24. Juni, zeitgleich mit der als sicher vorweggenommenen Stichwahl für den Regierungschef der autonomen Stadt Buenos Aires, hat Regierungschef Jorge Telerman, der sich um seine Wiederwahl bemüht, eine unverbindliche Volksbefragung über eine eigene Stadtpolizei einberufen. Würde sich das Wahlvolk massiv für eine eigene Polizei aussprechen, so würde die nationale Regierung, Exekutive und Kongress, unter politischen Druck gesetzt werden, damit die Stadt nicht von der nationalen Bundespolizei mit der von den Wählern in allen Umfragen gewünschten Sicherheit versehen werden, lautet das politische Argument, mit dem Telerman die Stadtwähler bezirzt. Sollte die Nationalregierung den auf die Stadt Buenos Aires bezogenen Teil der Bundespolizei nicht abtreten, so müsste die Stadtregierung eine besonders aufwendige eigene Polizei aufziehen. Hierfür müssten die Steuerzahler bluten.

Die autonome Stadt Buenos Aires gilt zusammen mit 23 Provinzen als ein Gliedstaat des Bundesstaates Argentinien, seit sie vor über einem Jahrzehnt in die Eigenverwaltung entlassen wurde. Vorher wurde der Bürgermeister („Intendente“) vom Staatspräsidenten direkt ernannt. Der Gemeinderat („Concejo Deliberante“) wurde vom Volk gewählt. Die Stadt erhielt ein Statut anstatt einer Verfassung wie alle Provinzen. An Stelle des Bürgermeisters amtiert der Regierungschef und der Gemeinderat wurde in die Legislative umgetauft.

Das sogenannte Gesetz Cafiero, das vom damaligen Senator Antonio Cafiero, der freilich nicht die Stadt, sondern die Provinz Buenos Aires vertrat, ausgearbeitet wurde, regelte die Autonomie der Stadt, die weitgehend eingeschränkt wurde. Die Polizei blieb der Bundespolizei („Policía Federal“) unterstellt, die sogenannten nationalen Gerichte blieben bei der Nationalregierung, anstatt dass sie an die Stadt abgetreten wurden wie in allen Provinzen mit eigener Gerichtsbarkeit, die Lotterien und alle Glücksspiele blieben der Nationalverwaltung vorbehalten, ebenso die Hafenverwaltung, wo doch alle Provinzen mit Ufern am Ozean, an Flüssen oder Seen ihre eigenen Häfen verwalten. Insofern ist die Autonomie der Stadt Buenos Aires deutlich eingeschränkt.

Auf die Abtretung der erwähnten Staatsämter zielt die Volksbefragung ab, nachdem die obwaltende Unsicherheit das Hauptthema des Wahlkampfes ist. Die Stadtverwaltung bezieht sich indessen mehrheitlich auf die Sparten Erziehung (Schulen und Lehrkräfte) und Gesundheit (Hospitäler). Für Sicherheit, Kultur, Verkehr, öffentliche Plätze und Strassen wird relativ wenig Geld ausgegeben. Die Umfragen über die Wünsche der Wähler konzentrieren sich auf letztere Aspekte, nicht auf Erziehung und Gesundheit, bei welchen Sparten die Stadt zudem zahllose Menschen begünstigt, die ihren Wohnsitz nicht in der Stadt haben, wo die Steuern bezahlt werden. Die Stadt erhält nur geringe Beiträge der Nationalregierung aus den Bundessteuern („impuestos coparticipados“), so dass sie sich mit eigenen Steuereinnahmen begnügen muss.

Der Wunsch nach einer kompletten Autonomie wie alle Provinzen wird von den drei Spitzenkandidaten Mauricio Macri, Jorge Telerman und Daniel Filmus geteilt. Die Volksbefragung wird feststellen, wie sich

die Wähler hierzu äussern, wenn sie auf die Frage, ob sie eine eigene Polizei wünschen, massiv mit Ja antworten. Das heisst jedoch keinesfalls, dass die nationale Exekutive und der Kongress bereit sind, dem Wunsch nachzugeben und das Gesetz Cafiero dergestalt zu ändern, dass die Stadt eine eigene Polizei erhält, die nationalen Gerichte ihr abgetreten werden (Polizei und Justiz gehen institutionell stets Hand in Hand), dass sie die Glücksspiele und den Hafen verwalten darf und die Hoheit über die öffentlichen Verkehrsmittel (Untergrundbahnen und Omnibusse) erhält.

Gegen die Abtretung eines Teils der Bundespolizei und der nationalen Gerichte an die Stadt opponieren klammheimlich Polizisten und Richter, die sich in der Nationalregierung offenbar geborgener fühlen als in der Stadt. Das Gesetz Cafiero hat diese Opposition damals berücksichtigt. Politiker treten allgemein selten Machtinstrumente ab, wie es die Polizei und die Gerichte sind.

Ob ein massives Ja zur eigenen Polizei der Stadt am 24. Juni die Bereitschaft der Exekutive und des Kongresses ändert, zumindest der Stadt eine eigene Polizei zu gestatten, damit sie sich um die Sicherheit der 2,7 Millionen Einwohner mit Wohnsitz und noch mal so viele tägliche Zuwanderer, die ausserhalb residieren, kümmert, muss freilich skeptisch abgewartet werden. Gar nicht zu sprechen von der Abtretung der nationalen Gerichte, der Glücksspielverwaltung, des Hafens und der Transporthoheit. Immerhin dürfen die Wähler der Stadt am 24. Juni ihre Meinung zur eigenen Polizei bekunden, die sicherlich mit höheren Ausgaben und mehr Steuern verbunden sein würde.

TABELLEN

Fußball

Torneo Clausura 2007

10. Spieltag: Colon - Racing 1:1, Quilmes - Arsenal abgesagt, San Lorenzo - Gimnasia La Plata 1:0, Independiente - Godoy Cruz 0:2, Banfield - Velez 2:3, Rosario - Nueva Chicago 3:0, Belgrano - Newell's 0:2, Gimnasia Jujuy - Argentinos 0:0, Boca Juniors - River Plate 1:1, Estudiantes - CA Lanus 0:0, 1.

Tabelle: 1. San Lorenzo 17:8 Tore, 25 Punkte; 2. Boca Juniors 23:9, 23; 3. Estudiantes 14:7, 19; 4. River Plate 13:8, 17; 5. Argentinos Juniors 12:7, 17; 6. Godoy Cruz 15:9, 16; 7. Newell's 13:14, 16; 8. Arsenal 16:11, 14; 9. Lanus 11:11, 14; 10. Velez 12:16, 14; 11. Gimnasia Jujuy 5:7, 12; 12. Gimnasia La Plata 13:15, 11; 13. Colon 13:13, 10; 14. Belgrano 10:13, 9; 15. Rosario 9:13, 8; 16. Banfield 8:15, 8; 17. Independiente 10:18, 8; 18. Nueva Chicago 5:15, 8; 19. Racing Club 10:14, 7; 20. Quilmes 6:12, 6.

Zweimal Unentschieden, zweimal Enttäuschung

Boca kann River nicht bezwingen / Argentinien kann nicht gegen Chile überzeugen

Buenos Aires (AT/mad) - Am Sonntag, dem 10. Spieltag der Clausura 2007, stand der "Superclásico" der argentinischen Primera A an. Am Mittwoch folgte das lang erwartete Experiment "Selección local". Alfio "Coco" Basile hatte bei seinem Amtsantritt nach dem WM-Aus gegen Deutschland versprochen, dass er eine Mannschaft formen wolle, die mit Argentinern bestückt sei, welche auch in Argentinien spielen würden. Hintergrund dieses Experimentes ist natürlich die bevorstehende Copa America. Basile verspricht sich von einer lokalen Auswahl eine größere Durchschlagskraft bei den Amerikameisterschaften gegen die anderen Staaten Nord- und Südamerikas.

57.000 Menschen erwarteten in der Bombonera das Schlagerpiel der argentinischen Liga. Boca war in der Pflicht - spielte



Der erfolgreichste Spieler in der Geschichte von Boca (15 Titel) verabschiedete sich bei seinen Fans: Guillermo Barros Schelotto

zu Hause. River hingegen hatte viel zu verlieren. Nach dem peinlichen Vorrunden-Aus in der Copa Libertadores, wäre bei einer weiteren Niederlage auch die Meisterschaft endgültig wegge-
wesen.

Das Spiel begann furios. Nach 45 Sekunden verwandelte Pablo Ledesma eine Vorlage von Juan Román Riquelme zum 1:0. Boca war nach der schnellen Führung bemüht diese auszubauen, doch vergab mehrere Großchancen. River-Torhüter und Neunationalspieler Juan Pablo Carrizo wuchs über sich hinaus und vereitelte beste Einschussmöglichkeiten für Palermo und Palacio. Mit zunehmender Spielzeit verflachte auch das Spiel von Boca und der Erzrivale kam immer besser ins Spiel. Mit fast einer Kopie des ersten Tores glich der Ajax-Rückkehrer Mauro Rosales in der 15. Minute der 2. Halbzeit aus. Von da an verlor Boca endgültig den Faden. Pasarellas "Millonarios" kontert stark und dank Tuzzio und Carrizo standen sie nun auch sicher in der Defensive. Kurz vor dem Abpfiff hatten beide Mannschaften noch einmal die Gele-

genheit das Spiel für sich zu entscheiden. Marco Ruben scheiterte an seinen Nerven, als er den Ball aus seiner besten Position neben den Pfosten ins Tor aus schießt und Riquelme am unglaublichen Carrizo, der mit viel Glück und Können einen abgefälschten Freistoß mit dem Fuß abwehrte.

Am Sonntag noch gegeneinander spielend standen sich die Hauptakteure des Superclásicos am Mittwoch in Mendoza vereint auf dem Platz, um gegen Chile zu bestehen. Gleich Sieben der Elf kamen aus einem der beiden Vereine aus Buenos Aires. Doch auch schon wie am Sonntag begann das Spiel gut und verflachte zusehends. Belluschi hatte noch die beste Möglichkeit den Siegtreffer zu erzielen, als er nach einem Freistoßabstoß nur den Pfosten traf. Weitere Möglichkeiten von Díaz und Pavone vergeblich, so dass das Spiel Torlos mit 0:0 endete.

AUSFLÜGE UND REISEN

Wilhelm Tell in der südamerikanischen Schweiz

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Südamerika von einer wahren Einwanderwelle überrollt, wobei vor allem Argentinien und Uruguay viele Europäer aufnahmen, die in Gruppen kamen und Kolonien bildeten, wo sich die Tradition der Vorfahren teils bis heute erhalten hat.

Ein beredtes Beispiel in dieser Hinsicht ist Nueva Helvecia, ein beschauliches Städtchen nahe der Bundesstraße Eins zwischen Colonia del Sacramento und Montevideo, Kilometerstein 120.

Hier, nicht weit vom Río de la Plata, liegt zunächst Colonia Valdense, eine echte Gartenstadt, denn es ist Vorschrift, dass jedes Haus einen Vorgarten besitzen muss. Von da geht es auf Belag vier Kilometer landeinwärts nach

Nueva Helvecia. Das ist der Name der Kleinstadt, das Einzugsgebiet nennt man Colonia Suiza. Milch, Käse und Molkereiprodukte sind bis heute die wirtschaftlichen Stärken der Gegend.

Saubere, breite, baumbesäumte Straßen, hier und da sind noch Häuser und Villen aus der Gründerzeit zu sehen, ferner zwei Kirchen, eine evangelische und eine katholische, und außerdem sind Schoenstatt und die Adventisten zugegen. Auf dem Hauptplatz „Los Fundadores“ befindet sich das beeindruckende, massive Bronzemonument „Die Furche“ zum Gedächtnis an die Pioniere. Damals, ab 1860, mussten die Schweizer Kolonisten tatsächlich die Pflugschar noch selbst über den Acker ziehen, bis dann die ersten Zugochsen und Pferde zur Verfügung standen.

Zwar sprechen nach anderthalb Jahrhunderten nur noch wenige Bewohner Deutsch, aber allenthalben sieht man Schweizer Städte- und Kantonswappen bzw. liest „Farmacia Berna“ oder „Club Helvecia“, neben Tiro Suizo. Schon 1915 öffnete - noch vor vielen anderen Großstädten - der erste „Biógrafo“ die Spielfilm-Ära: Cine Helvético natürlich, später auch Theater, mittlerweile Legende.

Alljährlich zum 1. August findet ein großes Fest statt, an dem auch stets der Schweizer Botschafter teilnimmt und Landsleute aus Argentinien, beispielsweise aus Helvecia (Santa Fe) anreisen. Informationen dazu sind im Internet unter www.colonia-suiza.com.uy zu finden.

Die Umgebung ist lieblich, typisch das stets leicht hügelige, grüne Land. Seit je war Nueva Helvecia ein wichtiges Handelszentrum, das bereits 1943 ein fashionables Hotel mit 51 Zimmern erhielt: Nirvana, heute eine allererste Adresse zum Ausruhen, mit 25 Hektar Park sozusagen eine Welt für sich. Ein Hotel Suiza gibt es aber selbstverständlich auch.

Das Fünf-Valuta-Land Uruguay (vom Krämer bis zur Tankstelle nimmt jeder Händler unbezogen und im Handumdrehen im Kopf die Parität ausrechnend uruguayische bzw. argentinische Peso, brasilianische Real, US Dollar sowie Euro an) ist heute für den Argentinier und die Besucher überhaupt in jeder Hinsicht wohlfeil. Nur Benzin und Diesel sind das nicht, denn da Uruguay keine eigene Erdölproduktion besitzt und alles importieren muss, liegen die Tankstellenpreise eher auf internationalem Niveau (Ein Liter Super = 4.40 argentinische Peso

bzw. ein Euro).

Als Montevideo und selbst Colonia del Sacramento noch (wegen der mangelhaften Straßen) „weit entfernt“ waren, zumindest in punkto Reisezeit, war Nueva Helvecia noch wohlhabender als heute. Riesige Warenhäuser boten eine komplette Auswahl in allen Branchen. Eine der reichsten Familien, Greisinger, kaufte in den 40er Jahren östlich von Colonia ein riesiges Dünen-Areal, ließ alles im Stil der Guerrero und Carlos Gesell von der argentinischen Atlantikküste planieren und bepflanzen und schuf ein wahres Ferienparadies, das hinsichtlich seiner Wälder dem Cariló aus den 80er Jahren ähnelt: Santa Ana, Ruta Uno, Kilometer 155.

Früher kam man sogar mit dem Aeroplan oder einem Wasserflugzeug zu den Ferienorten der uruguayischen La Plata-Küste. Heute aber sind es mit Buquebus und auf den guten Landstraßen auch nur anderthalb Stunden Fahrtzeit bis ans Ziel.

Marlú

Flyer

Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.0447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

AUTO UND MOTOR

Schnauferl-Paradies Uruguay

Argentinien zählte anfang des 20. Jahrhunderts zu den fortschrittlichsten und wohlhabendsten Ländern der Welt. Aber auch das benachbarte Uruguay galt als ein Paradies, und man nannte es seines Reichtums und seiner grünen Landschaften wegen gern die südamerikanische Schweiz.

Daher zirkulierten in beiden Ländern mehr und teurere Automobile als in den meisten übrigen südamerikanischen Staaten. Doch die Entwicklung nach dem ersten Großen Krieg verlief zwar parallel, indes nicht identisch.

Aus welchen Gründen auch immer neigten die Argentinier mehr den nordamerikanischen Marken zu, vornehmlich Ford, Chevrolet, aber auch Dodge. In Uruguay hingegen zog man europäische Autos vor, vor allem französische, deutsche, dito englische und italienische.

Zu Beginn der 60er Jahre setzte dann bei uns der Industrialisierungsprozess mit der Installation zahlreicher Kraftfahrzeugfabriken ein; Uruguay, mit weniger Möglichkeiten und einem limitierten Käuferpublikum, musste sich mit der Montage (in sogenannten Armaduras) von verschiedenen Modellen begnügen.



Schnauferl vor dem Sheraton-Hotel in Colonia.

Deshalb begannen in Argentinien die Vorkriegsmodelle zügig auf dem Schrotthaufen zu landen, während im Nachbarland die alten Wagen gehegt und gepflegt und instandgehalten wurden.

Daraus entwickelte sich eine kuriose Situation: Während man hierzulande Veteranen meist nur noch auf dem Land oder in Sammlungen und Museen antrifft, fahren die Schnauferl in Uruguay noch heute munter in Städten, Dörfern und auf den Landstraßen. Man erblickt sie allenthalben, oft in ausgezeichnetem Zustand. Wer es sich leisten kann, legt sich ein schmuckes Schnauferl zu und stellt es sich vor die Haustüre, gewissermaßen als moderne Skulptur.

US-Modelle findet man allerdings selten. Uruguay ist seit je stark von der französischen Kultur und

Wirtschaft beeinflusst worden, so dass häufig Renault, Citroën, Peugeot, Simca, Delage, Talbot, Panhard oder Berliet-Lastwagen anzutreffen sind. Der uruguayische Automobilclub besitzt im Zentrum von Montevideo ein gut bestücktes Oldtimer-Museum, das man besuchen sollte.

Deutscher Film gewinnt Signis-Preis

Independent-Kinofestival BAFICI mit positiver Bilanz

Buenos Aires (AT/SF) - Über 260.000 Zuschauer haben vom 3. bis 15. April auf dem 9. Festival des Unabhängigen Kinos v o n Buenos Aires (BAFICI) dem vielfältigen Angebot von 468 Filmen und einem hochkarätigen Nebenprogramm mit Musik, Debatten, Meisterklassen etc. zugesprochen.

Am vergangenen Samstag verkündeten die Jürs auch die Preisträger in den verschiedenen Sektionen. Dabei gab es eine verdiente Auszeichnung für den deutschen Festivalbeitrag "Die Unerzogenen" von Pia Marais, der an dieser Stelle vergangene Woche besprochen wurde - der Streifen gewann den Signis-Preis für den Besten Film.

Die Signis-Jury schrieb in ihrer Begründung: "Mit einer rauen, realistischen Sprache versetzt uns die Regisseurin in eine düstere und chaotische Welt und zeigt, wie eine Jugendliche, Stevie, das von ihren Eltern auferlegte Erbe überwindet, indem sie sich auf die Wärme ihrer



Filmszene aus "Die Unerzogenen".

Freunde verlässt, und wie sie mit Würde und Zielsicherheit ihre eigene Freiheit erkämpft."

Großer Gewinner des BAFICI war "UPA!, una película argentina". Nachdem der Streifen das ganze Festival hindurch laut Umfragen unbestrittener Publikums- liebhaber gewesen war, räumte er den Hauptpreis des Argentinischen Wettbewerbs ab. Als Bester Film im Offiziellen Internationalen Wettbewerb wurde der kanadische Beitrag "In Between Days" von So Yong-Kim ausgezeichnet, dessen Protagonistin Jiseon Kim auch den Preis als

Beste Darstellerin erhielt. Bester Schauspieler wurde Arturo Goetz für seine Leistung im argentinischen Streifen "El asaltante". Sehr gelobt wurde auch der argentinische Film "Estrellas" von Federico León und Marcos Martínez. Er erhielt den Ehrenpreis der Jury im Internationalen Wettbewerb, die Signis-Sondererwähnung und den Argentores-Preis für das beste Drehbuch.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug am 20.4.07 \$ 3,11. Die Rofex Terminkurse etrugen zum 30.4. \$ 3,084, 31.5. \$ 3,084, 2.7. \$ 3,088, 31.7. \$ 3,091, 31.8. \$ 3,095, 1.10. \$ 3,101, 31.10. \$ 3,106, 30.11. \$ 3,108 und 2.1. \$ 3,117.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,6% auf 2.200,27, der Burcapindex fiel um 0,2% auf 7.666,73 und der

Börsenindex fiel um 0,1% auf 110.634,47.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,9% auf \$ 2,407.

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 4.4.07 US\$ 37,00 Mrd., der Banknotenlauf \$ 60,36 Mrd. Eine Woche

zuvor waren es US\$ 36,54 Mrd. bzw. \$ 57,93 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 35,11 Mrd. bzw. \$ 58,62 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 21,60 Mrd. bzw. \$ 47,29 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zu Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 4.4.07 142,6%.

Nach mehreren Monaten hat die Molkereigenossenschaft SanCor das erwartete Angebot für die Bedienung seiner Schulden von über US\$

182 Mio. gemacht. Dafür verfügt sie über ein von Venezuela gewährtes Darlehen von US\$ 80 Mio. und einigen kleineren, nicht näher genannten Finanzbeständen. US\$ 167 Mio. sind Schulden von vor dem 30.9.06, die von dem Unternehmen als Finanzschuld bezeichnet werden und rd. US\$ 15 Mio. Fälligkeiten späteren Datums, die als säumige Kapitalquoten bezeichnet, aber nicht genau angegeben werden. Es sind Schulden, die seit der Defaultklärung und bis zur Rettungssuche angefallen sind. SanCor gab der Nationalen Wertschriftenkommission 2 Zah-

lungsvorschläge bekannt: Sofortzahlung in Barem mit 50% Abschlag oder Zahlung ohne Abschlag auf 9 Jahre mit 3 Jahren Karenz, mit einer Obergrenze von US\$ 30 Mio. Beide Gruppen können 100% der zwischen dem 30.9.06 und dem 31.3.07 angefallenen Schulden erhalten. Für jene, die keinen der beiden Vorschläge annehmen, sieht SanCor keine Zahlungsform vor.

Als Teil ihrer Wirtschaftspolitik des Fiskalüberschusses und Schuldenabbaus betonte die Wirtschaftsführung in einem Bericht, dass die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand in den argentinischen Banken Bedeutung verloren hat. In den letzten 5 Jahren sei sie von 47% aller Kredite auf 14,4% zurück gegangen. Das sei ausserdem rd. halb soviel, wie der Kreditanteil der Regierung vor dem Default. Um das zu erreichen, war dem Bericht zufolge der Fiskalüberschuss unerlässlich. Aber auch das Wirtschaftswachstum habe Türen zu Finanzierungen geöffnet, die 2001 verschlossen waren. Seit 2005 konnten Obligationen für \$ 2,5 Mrd. und US\$ 8,6 Mrd. ausgegeben werden. Von letzteren sind US\$ 4,7 Mrd. von Venezuela direkt gekaufte Wertpapiere. Vom Rest wurden nach Ansicht von Regierungsexperten 80% von ausländischen Investoren gekauft.

Wenn in der durch Lohnforderungen aufgerüttelten Provinz Santa Cruz alle bisher gewährten Lohn- und Gehaltserhöhungen an Provinzbeamten legalisiert würden, d.h. dafür auch die Sozialbeiträge bezahlt werden müssten, koste das die Provinz rd. \$ 1 Mrd. im Jahr, abgesehen von der Belastung der Preise durch die neuen Erhöhungen. Für etwa 200.000 Provinzbeamten müssten die bisher nicht bezahlten Sozialabgaben auf \$ 1.000 bis 1.500 im Monat bereinigt werden, was einer 30-35%igen Gehaltserhöhung gleichkommt. Die Provinz könnte damit in ein Haushaltsdefizit rutschen.

Im März 07 war der Stromverbrauch um 7,4% grösser als vor einem Jahr, wie Adeera, der Verband der Stromverteiler, mitteilt. Im 1. Quartal betrage die Zunahme im Vorjahresvergleich 5,66%. Von den Provinzen nahm der Stromverbrauch am meisten in Jujuy, mit 24,58%, zu, vor Formosa mit 18,04% und Chaco 13,38%.

Die Portefeuilles der privaten AFJP Rentenkassen legten im März um \$ 1,9 Mrd. auf \$ 93,27 Mrd. zu. Das waren 2% über dem Vormonat. Nach Angaben der Afjp-Überwachungsbehörde wies die Zusammensetzung der Portefeuilles nur geringe Änderungen gegenüber dem Vormonat aus. Wertpapiere der öffentlichen Hand betragen 52%, um 1% weniger als im Vormonat. Aktien verblieben um 12,2%, ausländische Werte machten 9,05% der Portefeuilles aus, gegen 8,33% im Vormonat und Investmentfonds 9,21% statt 9,27%.

Der Regierungsplan, mit dem Mieter durch Sonderkredite zu einem Eigenheim kommen sollen, hat seit seinem Beginn im Vorjahresoktober, von 20.896 Ansuchen, 16.629 Kredite gewährt. Es gab 256.335 Anfragen, die etwas weniger als 7% Wohnungskredite ergaben. Von den Darlehen wurden 6.200 von der Hypothekbank gewährt, knapp 5.900 vom Banco Nación und 2.269 vom Banco Ciudad. Von den Privatbanken erteilte die Macro Bank 883 und die Banco Francés 816 Darlehen. Im Verhältnis zu den Ansuchen erteilte die Banco Ciudad, mit knapp 98%, die meisten Kredite.

Die Angebote von 11 Unternehmen für die Wiederinbetriebnahme von 4 Erdölgebieten wurden von der Provinzregierung von Mendoza als unannehmbar abgelehnt. Eine neue Ausschreibung soll am 9.5. erfolgen. Unter den abgelehnten Angeboten befanden sich die von Repsol YPF, Tecpetrol, Cliveden, Wintershall und CGC.

Die grossen Pflanzenölerzeuger machen bei der Selbstversorgung mit elektrischen Strom in der Provinz Santa Fe Fortschritte. Zusammen investieren sie rd. US\$ 100 Mio., die etwa 200 MW für das Verbundnetz frei machen werden. Wie das E-Werk der Provinz (EPE) veröffentlichte, befinden sich unter den fortgeschrittenen Stromvorhaben der Privatwirtschaft die von Molinos Rio de la Plata, Vicentín, SanCor, Aceitera Chabás, Cargill und Dereyfus.

Der monetäre Bericht der ZB für März 07 weist darauf hin, dass die Kreditsumme an die Privatwirtschaft um 2,4% gegenüber dem Vormonat und um 27,9% gegenüber März 06 auf \$ 78,15 Mrd. gestiegen

Alpargatas geht an Camargo Correa (Brasilien)

Nach über ein Jahr langen Verhandlungen übernimmt die brasilianische Camargo Correagruppe das alteingesessene argentinische Textil- und Schuhwerkunternehmen Alpargatas, das der Börse mitteilte, dass eine Investorengruppe, die bereits 31,45% des Unternehmens besitzt, mit der von Camargo Correa kontrollierten Sao Paulo Alpargatas abgeschlossen hat.

Die beiden Gruppen hätten einen nicht verpflichtenden Absichtsbrief unterschrieben, der sich ausser auf die Aktienübertragung auch auf Rechte der derzeitigen Inhaber, wie Zeichnungsrechte für auszubehaltende Aktien, bezieht.

Der Newbridge Fonds, der sich seit 2000 für Alpargatas interessiert und Anteilseigner wurde, hatte 2001 ein Konkursverfahren beantragt. Damals ergab sich ein Passivum von \$ 830 Mio. Doch ein rechtsgültiges Abkommen konnte von Alpargatas erst Ende 2006 erreicht werden, als auch mehrere Konkursanträge gegen seine Filialen, u.a. Calzado, Textil, Alpaine und Calzado Catamarca eingeschlossen wurden.

Obwohl Einzelheiten nicht bekannt gemacht wurden, wird erwähnt, dass Newbridge Aktien für \$ 120 Mio. verkauft hätte. Andere kleinere Investmentfonds wie Long Bar Argentina, Columbia HCA Master Retirement Trust, OCM Opportunities Fund und andere Anleger hätten ebenfalls an Camargo Correa verkauft, die auch andere Anteilseigner sucht, denen sie bis \$ 7,50 pro Aktie zahlen würde. Es wird angenommen, dass etwas weniger als die Hälfte aller Alpargatasaktien an der Börse verstreut sind.

Mit Santista, die Camargo Correa bereits besitzt und Alpargatas, würde die Gruppe eine Vormachtstellung auf dem Jeanstoffmarkt einnehmen. Die Regierung würde eventuell Camargo zwingen, Alpargatasfabriken in den Provinzen Catamarca, Corrientes und La Pampa zu verkaufen, die auch diese Stoffe liefern. Die Schuhfabrik in Tucumán wäre von den Massnahmen ausgenommen. Die Nationalkommission für Verbraucherschutz prüfe die Sachlage.

Brasilianische Unternehmen dringen in Argentinien immer weiter vor. Camargo Correa hat vor zwei Jahren die weitaus grösste Zementfirma des Landes, Loma Negra, von Frau Amalia Fortabat für über eine Milliarde Dollar gekauft, wobei auch die Konzession für die Frachteinbahn von Buenos Aires, über Olavarría, nach Neuquén übernommen wurde.

Ein anderes brasilianisches Unternehmen, ALL, betreibt bereits die Eisenbahnen Urquiza (Buenos Aires über Entre Rios und Corrientes nach Misiones und Brasilien) und San Martín (Buenos Aires-Mendoza). Auf dem Textilsektor hat eine brasilianische Firma, die dem Vizepräsidenten Alencar gehört, die ehemalige Grafa Fabrik in Santiago del Estero gekauft. Im Erdölbereich hat Petrobras von der Familie Pérez Compagnon, Pecom Energía für US\$ 1,1 Mrd. gekauft. Das brasilianische AmBev Brauereiunternehmen hat Quilmes, das weitaus grösste Brauereiunternehmen des Landes, übernommen. Belgo Minerira, die ihrerseits Arcelor-Mittal gehört, hat das Stahlwerk Acindar übernommen und die brasilianische Gerdau hat die lokale Sipar gekauft. Schliesslich hat das brasilianische Schlachthausunternehmen Friboi die lokale Swift übernommen. Friboi will jetzt auch zwei Schlachthöfe der Firma CEPA, in Venado Tuerto und Pontevedra, wieder in Betrieb nehmen. Abgesehen von diesen bedeutenden Fällen bestehen auch kleinere brasilianische Investitionen.

ist. Die Fristdepósitos stiegen im März um 3,1%, während die Girodepósitos um 0,4% abnahmen. Im interanuellen Vergleich lagen die Fristdepósitos des Privatsektors um 28,4% und mit Staatsdepósitos um ganze 42,1% höher. Dabei lagen die Zinssätze bei Fristdepósitos mit 7,5% bis 8% unter der Inflationrate. Der Betrag der ZB-Wechsel Lebac und Nobac stieg im März um 5%.

Bei der Generalversammlung des IWF in Washington, empfahlen John Lipsky, stellvertretender Direktor des Fonds, und Anoop Singh,

Direktor für die westliche Hemisphäre, für Argentinien eine Erhöhung der Zinsen, eine Aufwertung des Peso und eine Senkung der Staatsausgaben. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Inflation in Argentinien, gemessen am Index der Konsumentenpreise, 07 10,3% und 08 12,7% betragen werde, wobei Singh sogar von 11% und 13% sprach.

Wirtschaftsministerin Felisa Miceli wies in einer Pressekonferenz anlässlich der Versammlung des IWF in Washington darauf hin, dass Argentinien die Krise überwunden



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

habe und ein anhaltendes Wachstum mit sozialer Eingliederung suche. Sie sagte, „wir haben nicht nur Wachstum, sondern gleichzeitig eine starke Verringerung der Armut erreicht, nur 3 bis 4 Jahre nachdem die Regierung eine Wirtschaftspolitik eingeführt hat, die einen hohen Grad der Autonomie gegenüber den hochmütigen Empfehlungen habe, die der IWF immer noch abgibt.“

ZB-Präsident Martín Redrado erklärte bei der Versammlung des IWF, dass eine Zinserhöhung mehr Probleme als Lösungen herbeiführen würde. In der Praxis würde dies den Wechselkurs ändern (nach unten) und den fiskalen und kommerziellen Überschuss verringern, was die Wirtschaft negativ beeinflussen würde, die sich noch in einer Übergangsphase befindet. Die Herausforderung besteht in der Erhöhung der Investitionen, statt der klassischen Rezepte des IWF.

Die Welthandelsorganisation (WHO) hat ihren Schiedsspruch vom November 06 über den US-Antidumpingzoll auf nahtlose Rohre aus Argentinien bestätigt und ihn erneut als mit multilateralen Handelsabkommen unvereinbar bezeichnet. Das Urteil berechtigt Argentinien, Massnahmen wie Sonderzölle auf US-Waren einzuführen. Es ist das 3. Mal, dass die WHO Argentinien in dieser Frage recht gibt. Die USA halten diese unrechtmässige Handelsschranke bereits seit 6 Jahren aufrecht.

Der Stromverbrauch nimmt in den Städten Buenos Aires und La Plata weiter zu. In dem Zeitraum vom 10.2. bis zum 9.3.07 werden im Rahmen des Puree (Plan de Uso Racional de Energía Eléctrica) des Enre-Amtes 1,32 Mio. Endverbraucher wegen im Vorjahresvergleich zu grossen Stromverbrauchs bestraft und 623.524 wegen geringeren Stromverbrauches belohnt. Der im Amtsblatt vom 16.4.07 veröffentlichte Beschluss 222/07 zeigt, dass von den berechneten 2,01 MWh Stromverbrauch, der Unterschied zwischen jenen die mehr und jenen die weniger Strom als im gleichen Vorjahreszeitraum verbrauchten, einen Mehrverbrauch von 338.854 MWh ergebe. Der Betrag ergebe sich aus den eingesparten 185.117 MWh und dem über 10%igen Mehrverbrauch, 521.972 MWh.

Die Banco Rio wird die erste Bank sein, die Obligationen in Pesos ausgibt. Es würden bis zu US\$ 450 Mio. zu festen Zinsen mit Laufzeit bis 2010 sein. Wie sie der Börse bekanntgab, würden die internationalen Unterbringer Citigroup und Santander Investment sein, im Inland die Banco Rio mit der Banco de Valores, vom 16. bis zum 26. April. Die Zinsen werden halbjährlich bezahlt, das Kapital am Ende der Laufzeit.

Die Aktie des Wertschriftenmarktes (Merval) steigt. Sie gestattet dem Inhaber, an der Handelsbörse

von Buenos Aires tätig zu sein. Am 16.4. wurde sie zu \$ 3,1 Mio. gehandelt, um 46,2% mehr als das letzte Mal, im November 06. Verkäufer war montags Miguens-Pérez Iturraspe, Käufer Puente Hermanos als Zwischenhändler, der den Namen seines Kunden nicht bekanntgab.

Das Agua Rica Bergbauvorkommen in der Provinz Catamarca erleidet bei seinen verpflichteten Entwicklungsterminen Verzögerungen. Der Regierung soll zu Monatsende ein Bericht über Auswirkungen von Umweltschwierigkeiten übergeben werden. Die Bauarbeiten würden 08 beginnen, die Förderung 2011. Die Investition werde US\$ 1 Mrd. betragen.

In den ersten 2 Monaten wurden 75.400 t Fischereiprodukte ausgeführt, um 19,2% weniger als vor einem Jahr. Die geringeren Mengen wurden durch günstigere Preise mehr als ausgeglichen, die Deviseneingänge von US\$ 164 Mio. gestatteten, um 10,4% mehr als vor einem Jahr.

Der Untenehmer J. Navarro wurde von einer der Anklagen gegen seinen Investmentfonds The Exxel Group über den Verkauf der Supermarktkette Norte an Carrefour wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Er bleibt in dem Fall in Erwartung weiteren Beweismaterials belastet. Carrefour klagt, dass ihn Navarro beim Verkauf von 49% von Norte im Jahr 2001 für US\$ 250 Mio. betrogen habe. Carrefour zeigte einen Überpreis von US\$ 120 Mio. an, weil die Einnahmen von Norte überbewertet wurden, was zu der Betrugsanzeige führte. Jetzt wird Carrefour Berufung einlegen. Die Staatsanwältin G. Romero erklärte, das Beweismaterial gegen Navarro habe die notwendigen Sicherheit die der Prozess erfordere.

Binnenhandelssekretär Moreno liess wegen der schweren Regenfälle Preiserhöhungen von 30% bis 40% bei einigen unter Preiskontrolle stehenden Obst- und Gemüsesorten zu. Das neue Abkommen wurde mit der Grosshandelskammer Comafu getroffen, das rd. 700 Unternehmen vereint. Kopfsalat wurde von \$ 1,30 auf \$ 1,85 erhöht, Tomaten von \$ 1,20 auf \$ 1,50, und Mohrrüben von \$ 0,40 auf \$ 0,90. Da ein grosser Teil des Angebotes nicht mehr über den Zentralmarkt geht, hat die Zentrale für die Endverbraucherziehung im Kleinhandel recherchiert und Erhöhungen um 30% festgestellt.

Die bedeutende Erholung des Verbrauchercreditwesens brachte durch Konkurrenz 2006/7 eine Kostenverringerung von bis zu 3 Punkten. Obwohl die Zinssätze, durchschnittliche 26,1% im Jahr, noch immer sehr hoch sind, hat die Kreditmenge den Stand von vor der Krise 2001/2 etwa erreicht. Nach Ermittlungen von Abeceb.com nahm das Kreditvolumen von 05 bis 06 von \$ 5,02 Mrd. auf \$ 8,05 Mrd. zu. Die Tendenz hält an. Im

Metallarbeiter mit Lohnerhöhung von 20%

Nach über zweimonatigen Verhandlungen hat die Gewerkschaft UOM (Union Obrera Metalúrgica) mit vier Unternehmerverbänden am Mittwoch ein Arbeitsabkommen für ein Jahr abgeschlossen, das ab 1. April eine Lohnerhöhung von 12,4% vorsieht, zu der noch 3,5% ab 1. Juni und 2,4% ab 1. Oktober kommen. Das ergibt 18,3%; da jedoch die Erhöhungen von Juni und Oktober auf die schon erhöhte Entlohnung erfolgen, ergibt die Gesamtrechnung fast 19%. Ausserdem soll im September 2007 und Februar 2008 ein fester Betrag von insgesamt \$ 200 gezahlt werden, wobei der schon bestehende Betrag dieser Art jetzt mit Sozialabgaben belastet und dem Lohn voll einverleibt wird. Das Abkommen schafft auch die niedrigste Kategorie, des Hilfsarbeiters, ab, was in diesem Fall eine weitere Lohnerhöhung von 7% bedeutet, so dass die Rechnung gesamthaft um 20% ergibt. Hingegen wurde die Gewerkschaftsforderung, dass alle Kategorien neu festgesetzt werden, angeblich um sich dem technologischen Fortschritt und den spezifischen Ausbildungserfordernissen für die einzelnen Kategorien anzupassen, nicht behandelt. Das bleibt für das nächste Mal.

Die Verbände, die das Abkommen unterzeichnet haben sind AFARTE (Elektronik), Fedehogar (Küchenherde, Eisschränke, Waschmaschinen u.dgl.), Camimia (kleine und mittlere Unternehmen der Branche) und Caiama (Aluminiumverarbeitung). Hingegen haben die zwei grossen Verbände, ADIMRA und AFAC (Zubehörteile für die Kfz-Industrie), die etwa 70% der Wertschöpfung der Metallindustrie ausmachen, bis Donnerstag nicht unterzeichnet. In vielen Fällen liegen die effektiven Löhne schon über dem neuen Gesamtarbeitsvertrag, einfach, weil Knappheit an fähigen und gut ausgebildeten Arbeitskräften besteht, so dass hier die Löhne durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden.

Das Abkommen der Metallbranche soll angeblich richtungweisend sein. Die Gewerkschaft der Lastwagenchauffeure, die vom Leiter des Spitzenverbandes CGT, Hugo Moyano, geleitet wird, hatte 25% gefordert. Angeblich soll sich Moyano jedoch gegenüber Präsident Kirchner verpflichtet haben, sich mit 15% zufrieden zu geben. Es bestehen hier besondere Probleme bei der Müllabfuhr, dem Banknotentransport und dem Transport flüssiger Brennstoffe, was Moyano erlaubt, schliesslich mehr zu fordern. Auch in anderen Fällen bestehen noch Konflikte: die Gastronomiegewerkschaft (geleitet von Luis Barrionuevo) fordert 30% u.a. Gewerkschaften über 25%. Ob sich jetzt alle der Richtlinie beugen, die angeblich durch das Abkommen bei der Metallindustrie aufgestellt wurde, sei dahingestellt. Auf alle Fälle sind es effektiv nicht 15%, wie es die Regierung will, sondern um 20%.

1. Quartal 07 ergibt der Vorjahresvergleich eine Zunahme um \$ 1,9 Mrd. bzw. 59,8%.

Bei der Wechselaufgabe vom Dienstag wurden, bei Fälligkeiten von \$ 1,2 Mrd., \$ 2,42 Mrd. angeboten. Die ZB nahm \$ 2,05 Mrd. auf, davon 54% in Lebac zu festen, den Rest in Nobac zu veränderlichen Zinssätzen. Lebac auf 84 Tage wurden für \$ 31 Mio. zu 7,85% Jahreszins untergebracht, um 0,05% weniger als vor einer Woche. Auf 286 Tage wurden 391,66 Mio. zu 10,13% (-0,03%) untergebracht, auf 357 Tage \$ 500,89 Mio. zu 10,32% (-0,05%) und auf 693 Tage \$ 70 Mio. zu 11,06% (-0,05%). Nobac auf 364 Tage zu Badlar plus 2,5%: Für die verbleibenden 357 Tage \$ 29,47 Mio. zu 0,98% über Badlar (-0,02%). Auf 728 Tage, Badlar plus 2,5%: Für die verbleibenden 693 Tage \$ 135,51 Mio. zu 1,42% über Badlar (-0,02%) und auf 1.093 Tage, Badlar plus 2,5%, für die verbleibenden 1.072 Tage \$ 786,99 Mio. zu 1,71 über Badlar (-0,07%).

Nach Rekordergebnissen der Milchgewinnung von 10,13 Mrd. l 2006, um 7% mehr als im Vorjahr

und nahe dem absoluten Rekord von 10,3 Mrd. l 1999, geht die Milchgewinnung in Argentinien nach amtlichen Angaben, im ersten Jahrdrittel um 11% zurück. Das würde die Inlandsversorgung kurzfristig weiter belasten, die durch die Überschwemmungen in Santa Fe, das 33% des Milchbedarfes liefert, und in anderen Gebieten, bereits beeinträchtigt ist. Seit Januar werden täglich rd. 2 Mil l weniger geliefert.

Staatsanwalt Stornelli hat bei Richter Canicoba Corral eine Anzeigegen Innenhandelssekretär Moreno und die Preisdirektorin Paglieri des Statistikamtes Indec eingereicht. Im Prinzip seien sie in die mutmassliche Preisgabe statistischer Geheimnisse verwickelt, die laut Gesetz Nr. 17.622 Geschäften gesichert sein müssen, bei denen Teuerungsunterlagen amtlich ermittelt werden.

Im März wurden mehr als 41 Mio. Hühner geschlachtet, um 11,6% mehr als vor einem Jahr. Damit wurde die bisherige Rekordzahl vom Dezember 06 übertroffen, wie das Landwirtschaftssekretariat bekanntgab. Im 1. Quartal 07 wurden 118 Mio.

Hühner geschlachtet, um 10% mehr als vor einem Jahr.

Die Weinkellerei Humberto Canale, Vorreiterin im Weinbau am oberen Rio Negro-Lauf, investiert weiter. In die 1909 gegründete Weinkellerei werden US\$ 2,5 Mio. investiert, sowohl in Kapazitätserweiterungen als auch in zusätzlichen Rebenanbau.

Gewerkschaftsboss Moyano hat mit den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten der Regierung gleichgeschaltet. Er versammelte die Führungsspitze des Gewerkschaftsbundes CGT und forderte sie auf, Lohnerhöhungen von 15% bis 20% abzuschließen, und keine Streiks hervorzurufen.

Letzte Woche wurde bekannt, dass die US-Firma Coca Cola der lokalen Bierbrauerei der deutschen Isenbeck ein Angebot gemacht hat. Dieses Unternehmen hat 1994 eine Bierbrauerei in Zárate gebaut und danach mit einem Umsatz von etwa u\$ 50 Mio. jährlich einen Marktanteil von 7% erobert, jedoch Verluste erlitten. Das Problem von Isenbeck besteht im Vertrieb, bei dem Quilmes, besonders seit der Fusion mit der brasilianischen Brama, einen bedeutenden Vorteil wegen der hohen Mengen hat. Ein gemeinsamer Vertrieb mit den alkoholfreien Getränken von Coca Cola würde die Vertriebsschwierigkeiten beheben und Isenbeck volle Konkurrenzfähigkeit verschaffen.

Die Errichtung eines Kernkraftwerkes für Forschungszwecke durch die argentinische INVAP (Investigaciones Aplicadas) in Australien, das letzte Woche offiziell eingeweiht wurde, war ein voller Erfolg. INVAP wurde 1976 unter der Militärregierung von der Provinz Rio Negro (Gouverneur Bachmann) als eigenes Staatsunternehmen gegründet, mit dem Zweck, praktische Anwendungen bestimmter Technologien zu entwickeln, vornehmlich derjenigen, die von der Atomenergiekommission (CNEA) in Gang gesetzt wurden. In dessen wurde INVAP unlängst von der Regierung auch beauftragt, am Bau eines Satelliten für Fernverbindungen (für das neue Staatsunternehmen ARSAT) mitzuwirken und Radaranlagen für die Flugkontrolle zu bauen. INVAP wirkt jetzt auch an der Fertigstellung des Kernkraftwerkes Atucha II mit.

Der Construya Index der 14 wichtigsten Baumateriallieferanten hat im März im Vorjahresvergleich um 10,42% zugenommen.

Im 1. Quartal 07 wurden 572.186 Auslandsbesucher gezählt. Wie das Staatssekretariat für Fremdenverkehr mitteilte, waren das um 19,8% mehr als vor einem Jahr.

Das Energiesekretariat gab bekannt, dass die Rohölförderung in den ersten 2 Monaten 07 im Vorjah-

resvergleich um 3,52% auf 6,2 Mio. cbm stieg. Es sei die erste Zunahme seit 2001, als die Jahresförderung um 1,1% zugenommen hatte. Damit wird die seit dem Rekordjahr 03 fallende Tendenz aufgefangen. 04 war die Förderung um 6% zurück gegangen, 05 um 5% und 06 nur mehr um 1%. Die Gasförderung ging in den ersten 2 Monaten 07 allerdings um 2,61% zurück. 50% des Energiebedarfes des Landes wird mit Erdgas gedeckt. Repsol YPF liefert als Markterste 38% des Erdöl- und -gasbedarfes. Nach mehreren bedeutenden Rückgängen stieg die Erdölförderung dieses Unternehmens in den ersten 2 Monaten 07 um 8% und die Gasförderung um 3,15%.

Die Pharmaunternehmen kündigen 3% Preissteigerung bei Medikamenten an. Die meisten Erhöhungen werden Ende April/Anfang Mai erwartet. Die Hersteller betonen, dass die Preiserhöhungen die Rechnung keineswegs aufgehen lassen. Von 2001 bis 06 seien rezeptfreie Medikamente um 88% teurer geworden, rezeptpflichtige um 36%.

Wirtschaftsministerin Miceli hat die Führungsspitze des Statistikamtes Indec erneuert. Indec-Direktor wurde Alejandro Barrios, ein dem Vizepräsidenten der Banco de la Nación, R. Feletti nahestehender Wirtschaftsfachmann. Er ersetzt somit M. Krieger, der L. Mármora als kommissarischer Verwalter abgelöst hatte. Barrios, Lisentiat in Wirtschaft, Professor für Sozialwissenschaften der UBA und in der Carlos Pellegrini Schule, ist seit 1998 in der Nationaldirektion für Koordinierung und strategische Planung des Indec tätig. Ausserdem ist er Mitglied der Angestelltenvertretung, die die Ernennung feierte. Vizedirektorin wurde Ana M. Edwin, Lizentiatin in Soziologie, seit 1994 im Indec tätig, bisher in der Personalabteilung des Amtes, und vorübergehend für Preise, Armut und Beschäftigung zuständig. In den kommenden 30 Tagen müssen die neuen Verantwortlichen einen Plan ausarbeiten, um die Verlässlichkeit des Statistikamtes wieder herzustellen und seine Methoden zu verbessern. Dazu sollen in- und ausländische Experten befragt werden.

Der Übergang von Mitgliedern einer privaten AFJP Rentenkasse in eine andere wird bereits zugelassen, tritt jedoch erst ab Januar 08 in Kraft. Die Massnahme wurde angeordnet, um ein Überschneiden mit den Übergängen vom privaten in das staatliche Rentensystem zu vermeiden. Bis jetzt waren die Übergänge zwischen privaten Rentenkassen häufig. Im März gab es 36.832, in den letzten 12 Monaten 450.000. Am meisten Übergänge gab es in die AFJP Nación, vor Previsol und Consolidar. In einem Jahr hat jedes 10. Mitglied seine private Rentenkasse gewechselt.

Die Provisionen der privaten AFJP Rentenkassen werden ab

Wirtschaftswachstum von 7,9% im Februar

Der von Statistischen Amt (INDEC) monatlich veröffentlichte Index EMAE (Estimador Mensual de la Actividad Económica), der eine grobe Schätzung des BIP darstellt, die erfahrungsgemäss wenig von der definitiven Berechnung abweicht, weist für Februar 2007 eine interanuelle Zunahme von 7,9% aus, und für das 1. Bimester eine von 8,2%. Saisonbereinigt liegt Februar um 0,6% über Januar. Die ersten zwei Monate deuten tendenziell auf eine BIP-Zunahme um 8% für ganz 2007 hin, leicht unter der Zunahme des BIP von 8,5% des Jahres 2006.

Im Februar verzeichnen Sachgüter eine interanuelle Zunahme von 7,8%, wobei die Industrie eine Zunahme von 7,1% und die Bauwirtschaft eine von 17,5% aufweisen. Bei der Landwirtschaft betrug die Zunahme nur 1,7%, wobei in den kommenden Monaten, wenn die hohe Grobernte (vornehmlich Mais und Sojabohnen) eingebracht wird, eine starke Zunahme erwartet wird. Dienstleistungen lagen im Februar um 7,6% über dem Vorjahr, mit einer Zunahme von 18,8% bei Finanzdiensten und 13,8% bei Transport und Fernverbindungen. Der Handel stieg um 9,2%, und Strom, Gas und Wasser 4,3%.

Der EMAE-Index liegt im Februar um 48,7% über März 2002, als der Tiefpunkt der Rezession erreicht wurde, und um 16,8% über dem vorangehenden Rekordstand, der Mitte 1998 erreicht wurde. Pro Kopf der Bevölkerung liegt der EMAE jetzt um etwa 8% über 1998.

April einheitlich 1% der Bruttoentlohnung betragen. Das seien durchschnittlich um 10,7% weniger als die bisherigen 1,12%. Einige Kassen, wie Nación und Futura, hatten bereits 1% berechnet. Bis Januar 08 werden die AFJP Kassen die Lebens- und Invalidenversicherungen weiter berechnen, womit ihre Bruttoprovision um 2,4% betragen wird.

Das Wirtschaftsministerium hat das bisher nur für Trocken-Vollmilch gültige Kompensationssystem, auf die anderen Molkereiprodukte ausgedehnt. Das im letzten Februar geschaffene System bestimmt einen Schnittpreis von dem jeder grössere Preis, den der Exporteur erhält in einen Fonds kommt, von dem die Milchwirtschaft im Verhältnis ihrer Milchlieferungen entschädigt wird. Bis jetzt wurde nur Trockenvollmilch in 25 kg Säcken und einem Schnittpreis von US\$ 2.100 pro t bewertet. Sie wird bei einem herkömmlichen Exportpreis von US\$ 1.700, jetzt auf internationalen Märkten mit US\$ 3.800 bis 4.000 pro t bezahlt. Jetzt wurde für Käse ein Schnittpreis von US\$ 2.620 pro t bestimmt, für Trockenmagermilch und andere fettärmere Sorten von US\$ 2.300.

Der Zigarettenverbrauch nimmt weiter zu. Im Januar wurden 170 Mio. Packungen, im Vorjahresvergleich um 4,2% mehr, verkauft. Im Februar betrug die selbe Zunahme 1,25%. Die grossen Zigarettenfabriken haben sich für 07 zu Steuerabgaben von \$ 4,2 Mrd. verpflichtet. Auch wurde eine Mindeststeuer verpflichtet, damit kein Konkurrent unter einem bestimmten Preis verkaufen kann. Keine der beiden Massnahmen wurde bisher umgesetzt.

Die brasilianische Dass Gruppe (Dilly Classico) hat von der Provinzregierung von Misiones in der Ortschaft El Dorado ein 2.800 qm gros-

ses Grundstück erhalten auf dem eine Sportschuhfabrik errichtet werden soll. Mit einer Investition von US\$ 3,5 Mio. sollen monatlich 60.000 Paar Schuhe für die Marke Nike geliefert werden. Der Betrieb werde 350 Arbeitsplätze schaffen und die Produktion in etwa 5 Monaten beginnen. Das Unternehmen entstand durch die Fusion von Dilly und Classico.

Der geflügelverarbeiteten Industrie wurde die 2. Kompensationszahlung für Futtergetreide bewilligt. Das Landwirtschaftssekretariat ordnete mit Beschluss 401 die Zahlung von knapp \$ 14,4 Mio. an 18 Unternehmen der Branche an. Mit dieser Zahlung hat die Regierung seit dem 15.3.07 Lebensmittellieferungen mit \$ 33 Mio. subventioniert.

Zolldirektor Echegaray versicherte, dass es für argentinische Ausfuhr die minimalen Sicherheitsvorschriften genügen, eine Schnellabfertigung geben werde. Argentinische Waren würden einen Fast Track erhalten, um von argentinischen Häfen schnell und direkt an ihre Bestimmungsorte zu kommen, erklärte er in einem Vortrag in der US-Handelskammer.

Das Bergbauunternehmen Minera Alumbra, das der schweizer Firma Xtrata gehört, gab bekannt, dass es eine Anlage für die Produktion von Molibdenkonzentrat in der Provinz Catamarca errichten werde, wo sich das Bergwerk befindet, das im Wesen auf Kupfer und Gold ausgerichtet ist, aber auch Molibden in geringen Mengen aufweist. Die vorgesehene Investition beträgt u\$ 15,5 Mio. und es wird mit einer Produktion von 4.400 Jato Molibdenkonzentrat gerechnet. Der Preis für Molibden hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht, seit entdeckt wurde, dass Stahl auf Molibdenbasis eine viel höhere Qualität aufweist, als mit ande-

ren Metallen.

Das Wirtschaftsministerium teilt mit, dass das Schatzamt im 1. Quartal Dollar in Höhe von u\$ 619 Mio. am Markt gekauft hat, 56% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Dabei lagen die Käufe im März jedoch um 48% unter dem Vorjahr.

Gestern unterzeichneten 6 Gewerkschaften Arbeitsabkommen mit Lohnerhöhungen von 16,5%. Hinzu kommen noch feste einmalige Beträge und Änderungen der Kategorien, die auch Lohnerhöhungen bedeuten, so dass die Zunahme gesamthaft höher ist. Es handelt sich um die Lastwagenchauffeure, die Bauarbeiter, ein Teil der Staatsbeamten (UPCN), die Textilarbeiter, die Taxifahrer und die Hauswarte. Die Regierung beabsichtigt mit diesen Abkommen, die im Regierungsgebäude unterzeichnet wurden, eine allgemeine Richtlinie aufzustellen, die dann auch von Gewerkschaften, die weit mehr fordern, angenommen wird. Die Gewerkschaft der Gastronomie hat letzte Woche ihre Forderung von 30% bestätigt.

Der Industrieindex des INDEC, benannt EMI (Estimador mensual industrial), der eine grobe Schätzung der Industrieproduktion auf der Grundlage kurzfristig verfügbarer Daten ist, die sich vornehmlich auf industrielle Commodities beziehen, weist im März eine interanuelle Zunahme von 6,8% aus, womit das 1. Quartal auf ein Plus von 6,6% kommt. Die grösste Zunahme entfällt weiter auf die Kfz-Industrie, mit 20,7% im März und 22,3% im 1. Quartal. Danach kommen im März Baumaterialien mit plus 11,8%, metallmechanische Produkte mit 9%, Kautschuk- und Kunststoffprodukte mit 7,4%, Druck und Verlag mit 5,4%, Erdölverarbeitung mit 5,2%, Nahrungsmittel und Getränke mit 4,9%, Papier und Pappe mit 3,9 und Textilien mit 3%. Hingegen verzeichnen Zigaretten u.a. Tabakwaren eine Abnahme von 1,6% und die Grundmetallindustrie eine von 8,8%. Die Auslastung der Kapazität wird für März mit 73,4% und für das 1. Quartal mit 71,5% angegeben, etwa gleich viel wie im Vorjahr. Das bedeutet, dass die Kapazität bei vielen Branchen gestiegen ist.

Die Zahl der Beschäftigten Arbeiter der Industrie lag im März um 0,8% über dem Vorjahr und im 1. Quartal um 3,9% höher. Die Industrie beschäftigt im Verhältnis zu ihrer Produktion allgemein weniger Arbeiter. Bei einer Produktion, die gesamthaft jetzt um etwa 20% über 1998 liegt, beschäftigt die Industrie 8% weniger Arbeiter als damals, auch mit weniger Überstunden.

Durch Beschluss 239/07 (Amtsblatt vom 19.4.07) wurden verschiedene Produkte, die aus Weizen, Mais, Sojabohnen und Sonnenblumen gewonnen werden, in das Subventionssystem für Produkte aufge-

nommen, die für den Binnenmarkt bestimmt sind. Die Subvention wird der Differenz zwischen dem Marktpreis und den Preisen auf dem Binnenmarkt entsprechen, wobei das Landwirtschaftssekretariat beide festsetzen wird.

Die Regierung der Provinz Rio Negro hat eine Freihandelszone in Sierra Grande geschaffen, wo sich das Eisenerzbergwerk (ursprünglich Hipasam benannt und von Fabricaciones Militäres für über eine Milliarde Dollar errichtet) befindet, das seit 2 Jahren von einem chinesischen Unternehmen betrieben wird, das es für unter u\$ 30 Mio. erworben hat. Die Provinzregierung kündigte eine unmittelbare Ausschreibung an, um die Zone an einen privaten Betreiber zu übergeben.

Die AFIP berichtet, dass sich seit Beginn der Neueintragung der selbstständig Tätigen ab 3. April, bei der neue Kategorien eingeführt wurden, 295.000 Steuerzahler eingetragen haben.

Planungsminister Julio de Vido wies in einer Rede vor australischen Unternehmern in Sydney, Australien, darauf hin, dass das BIP seit Beginn der Kirchner-Präsidentschaft um 47,2% zugenommen habe, wobei jedoch die Zunahme höher ausfallen werde, wenn die Bearbeitung des jüngsten Wirtschaftszensus beendet sei. Die Zunahme ergibt sich aus einer Änderung der produktiven Struktur, bei der das Wachstum von Dienstleistungsbereichen wie Tourismus und Informatik voll berücksichtigt wird. Es ist das erste Mal, dass ein hoher Beamter auf diesen Punkt hinweist, den sonst nur das „Argentinische Tageblatt“ erwähnt hat. Diese Zunahme stellt indessen für die Staatsfinanzen ein Problem, da dann der Coupon der Staatspapiere, der entsprechend der Entwicklung des BIP bewertet wird, einen höheren Nennwert haben wird.

Planungsminister De Vido und Energieminister Cameron erklärten in Sydney, dass 18 Erdölkonzessionen geprüft werden, weil festgestellt worden sei, dass die betreffenden Unternehmen die Gebiete nicht richtig ausbeuten, weil nicht genug investiert wurde. Die Regierung droht den Unternehmen unterschwellig, ihnen Konzessionen zu entziehen, wenn sie ihre Investitionen nicht erhöhen.

Die US-Stiftung „Heritage Foundation“ und die lokale „Fundación Pensar“ haben Argentinien bei der Rangordnung über wirtschaftliche Freiheit auf Platz 95 gesetzt, 12 Positionen besser als 06, aber 66 Positionen unter 2001. Auf den ersten Plätzen stehen Hong Kong, Singapur, Australien, die USA und Neuseeland, und auf den letzten Kuba, Iran, Venezuela, Bolivien und Indien.

Das US-Unternehmen Franklin

Mining sucht um einen u\$ 470 Mio. Kredit an, um in Feuerland einen Betrieb zu errichten, der Erdgas in einen flüssigen Kraftstoff umwandelt. Der Vorgang ist in Argentinien neu. Das Endprodukt ist dem Dieselöl ähnlich. Das Werk würde 8,500 Barrel/Tag Kraftstoff liefern. Die Firma verhandelt bereits mit möglichen Erdgaslieferanten. 2005 hat Wintershall mit Total, Pan American Energy (British Petrol) und Bulgheroni, im Süden die Offshore Erdgasvorkommen Carina und Aries in Betrieb genommen, die nicht voll ausgenutzt werden können, da die Erdgasleitungen von TGS nicht genügen. Deshalb suchen die fördernden Unternehmen, einen Teil des Gases industriell zu verwerten.

Nach Angaben der staatlichen Überwachungsbehörde des Versicherungswesens wurden im Februar Versicherungen über 1,57 Mrd. abgeschlossen. Vermögensversicherungen nahmen um 70,5% auf \$ 1,11

Mrd. zu, Lebensversicherungen um 21,2% auf \$ 332,4 Mio., Ruhestandsversicherungen um 8,3% auf \$ 130,4 Mio. Bei Vermögensversicherungen waren Kfz mit \$ 492,5 Mio. und Arbeitsrisikoversicherungen mit \$ 286 Mio. von Bedeutung. Insgesamt ging der Versicherungsbetrag im Februar im Vormonatsvergleich um 15,4% zurück und stieg im Vorjahresvergleich um 25,9%. In den Monaten März 06/Februar 07 wurde für \$ 18,38 Mrd. versichert.

Trotz der Verbreitung des Internet in den letzten Jahren, sind Finanzabwicklungen über eine Website noch selten, besonders bei lokalen Unternehmen. Eine Ermittlung ergab, dass in Argentinien knapp 3% der Unternehmen das Internet im Finanzbereich einsetzen. ZB und Indec rechnen, dass von rd. 1 Mio. Unternehmen, grosse, mittelständische und kleine, nur 30.000 mit Homebanking arbeiten.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hohe und steigende Währungsreserven

Am Donnerstag der Vorwoche übertrafen die Währungsreserven der Zentralbank mit u\$ 37,43 Mrd. den vorangehenden Rekordstand von u\$ 37,38 Mrd., der im Januar 2001 erreicht wurde, um u\$ 53 Mio. Voraussichtlich werden die Reserven in den kommenden Monaten infolge hoher Exporte von Mais, Sojabohnen und deren Produkte weiter steigen, wegen hoher Ernten, die auf diese Monate entfallen, und hoher Weltmarktpreise. Die Wirtschaftsführung peilt jetzt Reserven von u\$ 40 Mrd. für Ende Juni an, statt für Ende Dezember, wie es vor einigen Monaten vorgesehen war. Hätte die Regierung die Schuld mit dem IWF nicht vorzeitig gezahlt und für diesen Zweck Reserven von fast u\$ 10 Mrd. eingesetzt, wären diese jetzt entsprechend höher. Der hohe Zahlungsbilanzüberschuss hat es erlaubt, diese Zahlung mehr als auszugleichen. Vor 12 Monaten betragen die Gold- und Devisenreserven \$ 21,7 Mrd., so dass die Zunahme netto u\$ 15,7 Mrd. ausmachte, und ohne Berücksichtigung der Zahlung an den IWF u\$ 25,5 Mrd. Das zeugt von einem gewaltigen Zahlungsbilanzüberschuss.

Ein so unstabiles Land wie Argentinien braucht hohe Reserven von Gold und Devisen, um einem plötzlichen Ansturm auf diese entgegen treten zu können. Wenn man am Markt weiss, dass die ZB jederzeit in der Lage ist, eine spekulative Welle zu neutralisieren, nehmen diese Devisenkäufe ab, da

dann nicht mit einer plötzlichen Megaabwertung gerechnet wird, wie sie Anfang 2002 stattgefunden hat. Indessen wird man sich daran erinnern, wie schnell die ZB-Reserven im Laufe des Jahres 2001 trotz Stützung durch den IWF zusammengeschmolzen sind. Das ist ein empirischer Nachweis dafür, dass die Reserven noch viel höher sein müssen, um eine Entwicklung wie die damalige zu verhüten und dabei auch die Überzeugung zu vermitteln, dass dies ausgeschlossen ist. Ein Überschuss der Zahlungsbilanz, der in Devisenkäufen der ZB zum Ausdruck kommt, gehört zumindest für die nächsten Jahre ebenso zum Schema der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, wie der Überschuss bei den Staatsfinanzen. Beides schafft Vertrauen, ohne das der guten Konjunktur ein Zusammenbruch droht und das mittel- und langfristige Wachstum gefährdet ist.

ZB-Präsident Martín Redrado lehnte die Zahlung der Schuld an den Pariser Klub mit ZB-Reserven ab. Ebenso ist die Wirtschaftsführung nicht geneigt, einen Teil dieser Reserven als Kapital für die „Bank des Südens“ einzusetzen, die Hugo Chavez vorantreibt. Bei diesen Initiativen wird ausserdem vergessen, dass das Geld schliesslich nicht von der ZB beigesteuert wird, die die Reserven nicht besitzt, sondern sie nur verwaltet, sondern vom Schatzamt. Auch wenn Reserven für bestimmte Zahlungen eingesetzt

werden, wie es im Fall der vorzeitigen Tilgung der Schuld mit dem IWF der Fall war, muss das Schatzamt einspringen, was Defizit bedeutet, so sich dann die gefährliche Konstellation gleichzeitiger geringerer Reserven mit Haushaltsdefizit ergibt, bei der das Vertrauen verschwindet.

Gegenwärtig beruht der Zahlungsbilanzüberschuss auf dem Handelsbilanzüberschuss, der eine Folge stark gestiegener Exporte ist. Das könnte sich gelegentlich ändern, wenn im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums mehr importiert wird, einmal, weil die lokale Produktion bei vielen Gütern die Kapazitätsgrenze erreicht hat, und dann, weil viel mehr Kapitalgüter importiert werden müssen, für Expansion und auch um mit dem technologischen Fortschritt Schritt zu halten. Ebenfalls kann jederzeit eine Kapitalflucht einsetzen, die die Zufuhr von Auslandskapital übertrifft.

Für den Fall, dass die Zahlungsbilanz einen negativen Saldo ergibt, sollte schon jetzt Vorsorge getroffen werden. Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, und lokale Unternehmen, besitzen Vermögenswerte im Ausland, die irgendwo zwischen u\$ 100 und u\$ 150 Mrd. liegen. Genau lässt sich der Betrag nicht ermitteln, da zur Zahl, die die ZB auf Grund der Zahlungsbilanz berechnet, Zinsen, Gewinne und auch Kursgewinne bei Aktien u.a. Kapitalgewinne hinzukommen (oder Verluste abgezogen werden müssen), und auf der anderen Seite diese Mittel auch ausgegeben werden, sei es für Konsum bei Auslandsreisen oder zwecks Zahlung von Differenzen bei unterfakturierten Importen, was einen sehr hohen Betrag ausmacht.

Für die Besitzer dieser Mittel ist es äusserst schwierig, sie ins Land zurückzubringen; denn es handelt sich zu einem grossen Teil um schwarzes Vermögen, so dass die Überweisung nach Argentinien mit der Zahlung der Gewinnsteuer von 35%, plus Zinsen und Bussen, einher geht. Es müsste somit eine Weisswaschung geben, indem bestimmt wird, dass die

Rückkehr dieser Gelder automatisch dem lokalen Vermögen des Besitzers einverleibt wird, und die Vermögenszunahme von der Gewinnsteuer ausgenommen wird und niemand nach dem Ursprung des Geldes fragt. Gewiss würde auch dann der grösste Teil des Auslandsvermögens im Ausland bleiben; aber es genügt, wenn einige Milliarden Dollar zurückkommen, um eine defizitäre Zahlungsbilanz auszugleichen. Die Wirtschaftsführung wäre gut beraten, wenn sie ein Gesetzesprojekt in diesem Sinn schon jetzt vorbereitet und ankündigt, dass es dem Kongress übergeben wird, sobald die Zahlungsbilanz wieder negativ zu werden droht. Vorläufig, beim hohen Überschuss der jetzt besteht, ist diese Kapitalrückkehr nicht erwünscht, da die ZB dann nur noch mehr Devisen am Markt kaufen müsste. Es sei denn, das Geld wird direkt für den Kauf von Kapitalgütern im Ausland eingesetzt. So etwas hat es schon Anfang der 50er Jahre, unter Perón als Präsident, gegeben, als Kapitalgüterimporte „ohne Verwendung von Devisen“ zugelassen wurden.

Die Devisenkäufe verursachen eine entsprechende monetäre Expansion. Die ZB verfolgt das Ziel, dass die Zunahme der Geldmenge (definiert als Banknoten plus Sichtdepositen) unter der des nominellen Bruttoinlandproduktes liegt, um die Inflation nicht anzuhetzen, sondern die Wirtschaft monetär passiv zu begleiten, und auch dies nicht ganz. Somit gibt die ZB Wechsel u.a. Wertpapiere aus, deren Bestand umgerechnet mit u\$ 16,69 Mrd. angegeben wird, um den Geldüberschuss abzuschöpfen. Die ZB wird somit unmittelbar als Folge höherer Devisenkäufe Wertpapiere in viel höherem Umfang am Markt unterbringen müssen, was die negative Wirkung hat, dass dadurch Mittel der Banken aufgesogen werden, was den Bankkredit beeinträchtigt. Ohnehin ist dieser mit knapp über 10% des BIP anormal niedrig und müsste stark zunehmen, um das wirtschaftliche Wachstum zu finanzieren. In diesem Sinn wirkt die Zunahme der ZB-Reserven wachstumshemmend.

Die ZB setzt auch ihren Gewinn für die Devisenkäufe ein. Redrado wies darauf hin, dass die ZB 2006 einen Überschuss von \$ 1,6 Mrd. erwirtschaftet hat. Da die Bank jedoch im März über eine Milliarde Pesos dieses Gewinnes an das Schatzamt abgeführt hat, stehen diese Mittel nur zum ge-

ringsten Teil für Devisenkäufe zur Verfügung.

Es wäre bestimmt gesünder, wenn das Schatzamt die Devisen auf eigene Rechnung mit einem echten Überschuss kaufen oder Staatspapiere in Dollar vorzeitig tilgen oder am Markt kaufen würde. Das würde das Bankensystem entlasten. Indessen besteht die unmittelbare Aussicht, dass der echte Überschuss der Finanzen

Der Übergang zum staatlichen Pensionierungssystem

Seit der Genehmigung des Überganges vom privaten zum staatlichen Pensionierungssystem haben schon über 100.000 AFJP-Mitglieder von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Regierung rechnet damit, dass es schliesslich weit über eine Million sein werden, die über 55 Jahre, bzw. 50 bei Frauen, alt sind (oder es werden) und bei den Kassen ein Vermögen von bis zu \$ 20.000 angesammelt haben, so dass sie schliesslich beim privaten System eine Pension beziehen würden, die unter dem Minimum liegt, das für das staatliche System gilt. Da jetzt ausserdem die Unentschiedenen, die bisher den Rentenkassen mit der geringsten Provision zugeführt wurden, zunächst dem staatlichen System angehören, wird mit einer ständigen Zunahme der Mitglieder des staatlichen Systems gerechnet. Von denjenigen, die frisch in den Arbeitsprozess eintreten, kümmern sich die wenigsten um ihre Pensionierung. Erst später überlegen sie sich den Fall.

Bei der Reform von 1994 bestand die Absicht, dass das staatliche System nach und nach verschwindet. Der Staat sollte von der Zahlung von Pensionen und Renten entlastet werden, womit die Staatsausgaben fühlbar sinken sollten. In den ersten Jahren stellt der Übergang zum privaten System allerdings eine starke Verringerung der Einnahmen des Staates dar. Das private System hat schon 11,5 Mio. Mitglieder, während nur etwa 2 Mio. beim staatlichen verbleiben. Somit verliert der Staat Einnahmen. Aber ab 2010 gehen dann immer mehr Menschen in Pension, denen diese von den privaten Kassen bezahlt wird, so dass die Staatskasse zunehmend entlastet wird und ab 2020 nur einen geringen Betrag zahlen müsste, da bis dahin der grösste Teil der gegenwärtigen Rentner gestorben ist.

Nach der jüngsten Reform bleibt das staatliche System beste-

des Nationalstaates stark zurückgeht und sogar verschwindet, auch wenn weiter ein primärer Überschuss (also vor Abzug der Zinsen) erzielt wird. Dieser Begriff ist im Grunde nichts anderes als ein Täuschungsmanöver; denn Zinsen sind Ausgaben wie alle anderen. Es kommt auf den Saldo an, der sich bei der Differenz zwischen den gesamten Staatsausgaben und -einnahmen ergibt.

hen, auch wenn in geringerem Umfang als jetzt. Theoretisch ist das staatliche System für diejenigen günstiger, die ein geringes Einkommen haben, so dass sie bei ihrer Pensionierung nicht auf die Mindestrente gelangen, und auch für selbstständig Tätige, die einen geringen Beitrag leisten, auch wenn sie mehr verdienen. Hinzu kommen noch Fälle von Frauen, die mit 60 Jahren in Pension gehen und somit ein geringeres Kapital ansammeln als Männer mit 65 Jahren, so dass sie schliesslich weniger erhalten als beim staatlichen System.

Ebenfalls dürfte das staatliche System für diejenigen günstiger sein, die ihre Beiträge nur zum Teil bezahlt haben. Denn beim privaten System wird die Pension auf der Grundlage des angesammelten Kapitals berechnet (also persönliche Beiträge plus Zinsen), so dass diejenigen, die Beiträge schuldig geblieben sind, eine entsprechend geringere Pension erhalten. Beim staatlichen System gibt es in diesen Fällen Moratorien, also Möglichkeiten, die geschuldeten Beiträge in Raten zu zahlen, aber dennoch eine Pension zu erhalten. Ein System dieser Art läuft gegenwärtig, und man kann damit rechnen, dass auch in Zukunft Systeme dieser Art eingeführt werden, da die Auffassung weit verbreitet ist, dass die Pensionierung ein soziales Recht als solches ist, das unabhängig von den Beiträgen ist.

Von den 11,5 Mio. Mitgliedern des privaten Systems zahlen nur 4,6 Mio. ihre Beiträge regelmässig. Angenommen, von den 6,9 Mio. säumigen Mitgliedern zahlt die Hälfte schliesslich doch, verbleiben noch 3,45 Mio., die wenig Kapital angesammelt haben und somit eine so geringe Pension erhalten, so dass es ihnen konveniert, vorher zum staatlichen System überzugehen. Die übertrieben hohe Zahl der säumigen Mitglieder der privaten Kassen zeugt von einer schlechten Eintreibung

PERSONALNACHRICHTEN

Geburtstage

Gary (Herman) Brudersohn, 95.

Todesfälle

Elsa Arndt, am 12.4.

Maria (Mimi) Beurts, 92, am 13.4.

Ruth Jakob Reinert verw. Baruch, am 15.4.

Anibal E. Fehlauer, 75, am 18.4.

Rolf Biercamp

durch das Amt für öffentliche Einnahmen, die AFIP, die 1994 mit dieser Aufgabe betraut wurde. Es ist unbegreiflich, dass das Inkasso nicht direkt von den AFJP-Kassen abhängt, die gewiss dafür sorgen würden, dass ihre Mitglieder zahlen. Vor allem in den vielen Fällen, in denen es sich darum handelt, dass der Beitrag zwar von den Unternehmen abgezogen, aber dann nicht eingezahlt wird, würden die Kassen das Interesse der zukünftigen Pensionäre wahren.

Der Verband der privaten Kassen, UAFJP, hat eine Internet-Stelle (www.uafjp.org.ar) eingeführt, an die man sich wenden kann, um zu ermitteln, wie hoch in jedem Einzelfall die Pension beim staatlichen und beim privaten System sein würde. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Kassen auf die Rentnerfonds, die sie verwalten, eine Rente von 4% über der Inflation erzielen (was nicht einfach ist!) und dass der Lohn oder das Gehalt um 2% plus die jährliche Inflation (gemessen am Index der Konsumentenpreise) bis zum 50. Lebensjahr zunehmen. Im Fall eines Lohnempfängers, der ab 1990 arbeitet, \$ 2.500 monatlich verdient und eine Frau von 37 Jahren hat und schon ein Kapital von \$ 20.000 angesammelt hat, würde er beim privaten System bei Pensionierung mit 65 Jahren eine Rente von \$ 1.972 und beim staatlichen eine von \$ 1.557 erhalten. Bei einem Mann von 25 Jahren, der an-

fänglich \$ 1.200 verdient, betrüge die Pension ab 65. Lebensjahr beim privaten System \$ 1.708, beim staatlichen hingegen nur \$ 1.079.

Wenn die Rente des angesammelten Kapitals jedoch geringer ist, oder das Kapital als solches durch einen Inflationssprung (oder eine Umschuldung mit Abschlag von Staatstiteln, in denen das Kapital der zukünftigen Pensionäre zum Teil angelegt wird) real verringert wird, dann ist auch die Pension beim privaten System schliesslich entsprechend geringer. Beim staatlichen System ist jedoch die Pension nicht sicher, wobei sie im Laufe der Zeit real sinken kann, wie es bei Pensionen von über \$ 1.000 monatlich ab 2001 der Fall war, die erst im Juni 2006 eine Erhöhung von 11% und Anfang 2007 eine weitere von 13% erhielten, was zusammen um 25,43% ergibt, bei einer Preiszunahme von 93%. Die wenigen Pensionäre des privaten Systems hatten in dieser Periode bedeutend höhere Zulagen, auch wenn diese die Inflation nicht voll ausgeglichen haben. Beim staatlichen System besteht immer die Tendenz, die niedrigen Pensionen und Hinterbliebenenrenten proportionell stärker zu steigern als die höheren. Das Solidaritätsprinzip hat hier absoluten Vorrang vor dem Prinzip der Proportionalität zwischen Beiträgen und Pension, das beim privaten System volle Gültigkeit hat. Für die Solidarität sorgt

hier der Unternehmerbeitrag von 16%, den letztlich auch der Arbeitnehmer trägt.

Wenn die Gemahlin jünger ist, nimmt die Pension ab, da dann angenommen wird, dass die Frau während einer längeren Zeit eine Hinterbliebenenrente bezieht. Denn im Wesen beruht das private System auf dem Prinzip, dass das angesammelte Kapital bis zum Ende des Lebens des Rentners und seiner Gemahlin aufgebraucht wird, wobei ein statistischer Durchschnitt genommen wird, so dass langlebige Pensionäre von denen subventioniert werden, die früh sterben.

Wenn jemand über die 65 Jahre hinaus arbeitet, wird der Unterschied zwischen den zwei Systemen noch grösser, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass die Zunahme der Pension, die beim staatlichen System bei Verbleiben als Arbeitnehmer nach 65 Jahren besteht, einfach falsch berechnet ist, also nicht richtig berücksichtigt, dass der Betreffende mehr Jahre beim System einzahlt und dann weniger Jahre eine Pension, bzw. Hinterbliebenenrente, bezieht. Gegenwärtig ist es normal, dass über das Pensionsalter hinaus gearbeitet wird, da die Menschen länger leben und mit 65 Jahren bei besserer Gesundheit zu sein pflegen als früher. Aber auf der anderen Seite muss berücksichtigt werden, dass das staatliche Pensionierungssystem erlaubt, in Pension zu gehen und weiter zu arbeiten, also Lohn und

Pension gleichzeitig zu beziehen (mit Ausnahme der Staatsbeamten). Dabei müssen allerdings die Beiträge zum Rentensystem weiter wie bisher geleistet werden, ohne dabei eine zukünftige Gegenleistung in Form einer höheren Pension zu erhalten. Deshalb arbeiten viele Pensionäre als Selbstständige oder direkt schwarz. Auf alle Fälle bietet das private System einen grossen Anreiz, um nach 65, bzw. 60 Jahren bei Frauen, weiter zu arbeiten, da dann ein höheres Kapital durch weniger theoretische Lebensjahre geteilt wird, was eine doppelte Wirkung auf die Pension darstellt.

Das Rentenamt ANSeS wird somit unmittelbar zu wesentlich höheren Einnahmen gelangen. Angenommen eine Million Menschen mehr zahlen jetzt jährlich \$ 1.000 ein, so sind es pro Jahr eine Milliarde Pesos. Das sollte zunächst ausreichen, um die zusätzliche finanzielle Belastung der ANSeS zu decken, die durch die Pensionierung von Menschen entsteht, die zwar die Altersgrenze erreicht haben, jedoch nur einen Teil oder gar keine Beiträge geleistet haben, und diese dann in Raten zahlen, die von der Pension abgezogen werden. Kurzfristig stellt die jüngste Reform somit einen wichtigen Beitrag zu den Staatsfinanzen dar; langfristig hingegen bedeutet sie höhere Staatsausgaben. Aber das dürfte dieser kurzfristig denkenden Regierung keine Sorgen machen.